

Die Schule als sozialer Zufallsgenerator

Nun sind die Kinder wieder eingerückt und drücken mehr oder minder lustvoll die Schulbank. Die meisten von ihnen wurden behördlich zugewiesen - an eine Lehrperson in einer Staatsschule des Wohnquartiers. Einige aber lernen dank elterlichem Sondereffort an einer andern Schule, von der sich die Erzieher bessere Lernbedingungen für ihren Sprössling versprechen. Einer Privatschule vielleicht, in der im Umfeld ähnlich Begabter die Beschulung in weltanschaulich homogenem Umfeld gesichert ist. Auch mit der Volksschule verhält es sich wie im normalen Alltag: Wer ein System durchschaut, weiss es zum eigenen Vorteil zu nutzen - Klassenwahl als Klassenkampf sozusagen. Damit aber wird das Ziel einer alle Schichten integrierenden Volksschule unterlaufen, es droht die Zweiklassengesellschaft.

RITZEN AM SOLIDARITÄTSPRINZIP

Die Zahl jener Eltern nimmt zu, die solches Ritzen am Solidaritätsprinzip, solch subtiles Schrauben am sozialen Zufallsgenerator der Schulwahl als ungerecht empfinden und die Flucht nach vorn suchen. Der Entwicklung kontert man am besten, indem man die freie Wahl zwischen öffentlichen und privaten Primar- und Sekundarschulen einführt, die nach staatlich normiertem Lehrplan unterrichten und nicht religiös geprägt sind - so das Credo des in zahlreichen Kantonen aktiven Vereins «Elternlobby». Subventionen kämen weiterhin vom Staat, aber als Pro-Kopf-Pauschale des Kindes, die mit diesem wandert: Die nachgefragte Schule hätte mehr Geld, die weniger beliebte weniger.

Der erste Lackmустest steht dem Modell im September im Kanton Baselland bevor. Abstimmungen zu Verfassungsinitiativen in andern Kantonen sollen folgen. Die Offensiven sind nicht chancenlos, da sich zwischen den Parteien Allianzen abzeichnen. Gegen die flächendeckende Einführung der freien Schulwahl indes spricht, dass die Leistungsfähigkeit der helvetischen Volksschule im In- und Ausland als vorbildlich gilt und die Zufriedenheit der Eltern hoch ist - trotz individuellem Unmut über das ungenutzte Potenzial ihrer Kinder. Genau deshalb wäre der Lehrerschaft mehr Selbstvertrauen gegenüber der Elternlobby zu wünschen. Pläne für die freie Schulwahl bereits als Generalverdacht am gesamten Berufsstand zu werten, schießt weit übers Ziel hinaus. Die Gesellschaft weiss sehr wohl, wie anspruchsvoll der Lehrberuf heute ist, und trägt dem auch Rechnung.

WELCHE CHANCENGLEICHHEIT?

Wofür genau aber werden von den Initianten der freien Schulwahl eigentlich Stimmen gesammelt? Bei der Debatte geht es in erster Linie um das Ausmass staatlichen Einflusses auf die Bildung und Erziehung der Kinder. Just diese Streitfrage bildet auch den Graben

bei der geplanten Harmonisierung der Volksschule. Gegen Harmos stemmt sich mit kantonalen Referenden vorab die SVP. Dies mit Hinweis auf eine drohende «Entmündigung der Eltern durch den Staat». Auch wenn die Partei das Anliegen wie üblich zuspitzt, die Stossrichtung ist ernst zu nehmen. Was die SVP anprangert, brennt vielen Eltern unter den Nägeln und hat politisch Treibstoff.

In zweiter Linie geht es den Initianten um Chancengleichheit. Welche Chancengleichheit aber meint die Elternlobby? Etwa jene, wonach dank freier Schulwahl auch Kinder bildungsferner Schichten den gleichen Bildungsrucksack wie Akademiker-Sprösslinge erhalten sollen? Träfe dies zu, könnte man das Experiment freie Schulwahl getrost abblasen. Denn genau damit wäre die Gefahr gross, dass so gemeinte Chancenungleichheit zementiert würde. Privilegierte Eltern fänden weiterhin die gute Schule, den schlecht integrierten verblieben hingegen Schulen, wo vorab Leistungsschwache lernen.

Zu schwarz gemalt? Dann werfen wir doch einen Blick auf die Niederlande oder Schweden, wo die freie Schulwahl etabliert ist. Dort hat das liberale Modell in den Agglomerationen ein System von «black and white schools» provoziert, also de facto die soziale Segregation gefördert. Die Schweiz hat eine noch höhere Quote von Immigrantenfamilien. Im Extremfall könnte die freie Schulwahl hierzulande gar pervertieren: Nicht mehr die Eltern wählen die Schule, sondern die Schule die Schüler - analog zur Zusatzversicherung der Krankenkasse, die auch zwischen guten und schlechten Risiken gewichtet. Dann wäre das Gegenteil dessen erreicht, was die Initianten wollen, die Integration gefährdet.

Solche Bedenken stützt pikanterweise die Haltung der Privatschulen: Deren Verband freut sich nicht etwa - wie man es nach seinem jahrelangen Kampf um Staatsgelder erwarten könnte - euphorisch auf den neuen Geldfluss via Bildungsgutscheine. Vielmehr herrscht die Befürchtung vor, dass die Privatschulen bei freier Schulwahl ihr pädagogisches Profil vom Staat diktiert bekämen und ihre Rolle als kundenorientierte Dienstleister und als Vorbilder der Staatsschulen verlieren würden.

KEIN BILDUNGSWETTBEWERB

Vielleicht meinen die Initianten aber jene Chancengleichheit, die dem Ökonomen Milton Friedman bei der Lancierung der freien Schulwahl in den USA vor 55 Jahren vorschwebte. Er versprach sich mit dem Marktmodell mehr Konkurrenz. Der Initiativtext für Baselland lässt diese Interpretation vermuten. Das würde bedeuten, dass künftig in der Schweiz die Schulwahl nicht mehr vom Portemonnaie der Eltern abhängt. Solch edlen Absichten will man sich natürlich nicht verschliessen. Auch das dafür nötige System, in dem der Staat die Lizenzierung der Schulen regelt, liesse sich - nach dem Muster der Liberalisierung von Post und Telekommunikation - auch hierzulande sicherlich umsetzen.

Auf einem andern Blatt steht, ob so echter Wettbewerb entstünde. Programmiert wäre wohl eher ein Stadt-Land-Graben, da es nur in den Agglomerationen Auswahl gäbe. So zeigt sich in Skandinavien, dass trotz Wahlfreiheit wegen der weitläufigen Siedlungsstruktur vorab die nächstgelegene öffentliche Schule besucht wird. Dies wäre in der Schweiz nicht anders. Die Gegner der freien Schulwahl führen diesen Umstand als Argument dafür an, dass das System nicht funktionieren kann. Die Befürworter ihrerseits sehen darin den Beweis, dass die Horrorvision eines Niedergangs der Staatsschule nie eintreten würde.

MEHR RISIKEN ALS CHANCEN

Das Beispiel zeigt, wie leicht sich Argumente für oder gegen die freie Schulwahl neutralisieren. Wir stehen - als Fazit der Argumente - freier Schulwahl eher ablehnend gegenüber, könnten uns aber gezielte Experimente in einzelnen Kantonen durchaus vorstellen. Auch wenn nun der Systemwechsel via Urnenentscheide in einzelnen Kantonen eingeführt würde, wäre dies nicht zu fürchten. Im Gegenteil: Zum einen können solche Entwicklungen die Volksschule stärken. Zum andern hat unser Land gerade bei der Bildungspolitik mit Pragmatik stets gute Erfahrungen gemacht. Jüngst wieder beim Streit um die Reihenfolge beim Fremdsprachenlernen, wo dank gutem Kompromiss zwischen regionalen Bedürfnissen und globalen Sprach-Realitäten der Bund als Vogt verhindert werden konnte. Auch bei der Volksschulreform wird es zwei Geschwindigkeiten geben - und damit genügend Zeit für das bessere System, sich durchzusetzen.

Zünglein an der Waage für oder gegen die freie Schulwahl mag abschliessend der obligate Blick auf die Finanzen sein. Die Schweiz steht bei den Bildungsausgaben weltweit an der Spitze, mehr Geld könnte die Volksschule nicht besser machen. Dass ein Systemwechsel mit Bildungsgutscheinen kostenneutral erfolgen könnte, ist höchst fraglich. Somit wären laufende Reformprojekte gefährdet, und auch der Druck auf die Lehrerschaft, die zunehmend unter der «von oben» ausgelösten Reformhektik leidet, wäre heikel. Der Schulqualität dienlicher wäre es, das Geld gezielter einzusetzen: für Integration, für Tagesstrukturen, für eine externe Qualitätsprüfung des Unterrichts - und als Konsequenz solch verschärfter Evaluation auch für Lehrer-Leistungslöhne. Denn fähige Pädagogen sind für den Schulerfolg matchentscheidend.

hag.